

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

293 (16.12.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getippte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Normen-Millimeterzeile kostet 10 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Anzeigenplatzes, bei geschäftlicher Betreibung und bei Anrufen außer Kraft tritt. © Erläuterungen und Geschäftsbedingungen in Karlsruhe L. D. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Unter wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wägen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufseherin / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Dms. Juleitung 2.20 Mark o. Dms. Die Post 2.00 Mark o. Dms. Einjahresbeitrag 10 Pfennig o. Geschäftlich einmal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Weidstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Konten: Durlach, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Rothenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 293 Karlsruhe, Dienstag, den 16. Dezember 1930 50. Jahrgang

Verlängerung der Schulpflicht?

Eine Entschließung des Bundesausschusses des ADGB

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am Sonntag in den Räumen des Reichswirtschaftsrates zu seiner 10. Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der Tagung, an der die Bezirkssekretäre und die Redakteure der Gewerkschaftspresse teilnahmen, standen die für die deutsche Arbeiterbewegung besonders wichtigen Fragen des Jugendbildes, vor allem das alle anderen Fragen überlagernde Problem der Verlängerung der Schulpflicht durch besondere Hilfsmittel, nicht zuletzt durch Erweiterung der Schulpflicht. Hierzu nahm der Bundesausschuss einstimmig folgende Entschließung an:

Die Verlängerung der Schulpflicht ist aus gesundheitlichen, jugendpsychologischen und sozial-pädagogischen Gründen eine unumgängliche Notwendigkeit. Die Gewerkschaften sind bereits früher für die Verlängerung der Schulpflicht eingetreten. An dieser Auffassung halten sie fest. Die Verlängerung der Schulpflicht bedeutet erweiterter Jugendbildung, da der ganzjährige Schulbesuch den Eintritt in ein Arbeitsverhältnis um ein volles Jahr hinauszieht. Dieses längere Fernhalten von der Erwerbstätigkeit schafft Raum, den jugendlichen Körper zu kräftigen und läßt ihm Zeit, geistig zu reifen. Er wird seine Berufsausbildung mit größerer Sicherheit treffen können. Von einer Verlängerung der Schulpflicht ist überdies eine Erhöhung der geistigen Ausbildung und charakterlichen Erziehung des Volkes zu erwarten.

Die Verlängerung der Schulpflicht hat gleichmäßig für alle Jugendlichen zu gelten. Für die betroffenen Familien ist eine Sonderfürsorge in ausreichendem Maße unerlässlich.

Wegen den Vorstoß, die Verlängerung der Schulpflicht auf zwei Jahre zu beschränken und nur für die Volksschüler in den Städten einzuführen, sind große Bedenken zu erheben. Dieses Provisorium wäre ein Verstoß gegen den Grundgedanken der allgemeinen Schulpflicht. Die Erweiterung der Schulpflicht ist für die Reorganisation des öffentlichen Schulwesens von weittragender Bedeutung. Die erweiterte Schulpflicht darf weder in einer einfachen Verlängerung des Elementarunterrichts (Volksschule) bestehen, noch darf sie durch Besuch spezieller Berufsschulen zu einer vorzeitigen Berufsfindung führen. Ueber Lehrplangestaltung und organisatorische Anordnungen sollten sich die Behörden, die Vertreter der Volksschule der Berufs- und Berufsschulen mit Vertretern der Wirtschaft verständigen.

Die Begründung der Entschließung gab der Bildungssekretär des ADGB, Fehler. Sein Gedankengang besahe im wesentlichen: Die Notwendigkeit der Schulpflichtverlängerung sind in den letzten Jahren genügend Gründe ins Feld geführt worden. Die Gewerkschaften traten aus Gründen des Jugendbildes für die Verlängerung ein und der IGB, hat die Forderung: „Elementare Schulpflicht bis zum Beginn der zulässigen Erwerbsarbeit“, in das Schulgesetzprogramm aufgenommen. Die Verlängerung der Schulpflicht bringt, wenn die Maßnahmen im Hinblick auf den Lehrplan und die organisatorische Einleitung des neunten Schuljahres in jeder verständiger Weise vorbereitet werden, ganz allgemein eine bessere Durchbildung der Kinder der Arbeiterklasse mit

Im Jahre 1931 werden etwa 650 000 Jugendliche aus der Schule entlassen werden, davon sind 250 000 nicht erwerbstätig und befinden sich in höheren und mittleren Schulen, sowie Fachschulen. 160 000 erwerbstätige Jugendliche gehen in die Landwirtschaft und in die Industrie, für die die geplante Regelung nicht gelten soll. Nicht jedem Falle werden die Unternehmer für billige Jugendliche Arbeitskräfte einstellen, ebenso wird, da ältere Arbeitskräfte mehr leisten, durch deren Einstellung die Zahl der Jugendlichen eingeschränkt. Für die verbleibenden 250 000 dürfte also meistens die Hälfte — etwa 125 000 als Ersatz aus anderen Klassen eingestellt werden. Für die Reichsanstalt verbleiben in allem daher etwa 40 000 für die sie Unterstützung erfahren. Setzt man hierfür einen wöchentlichen Unterstützungssatz von 1 Mark an, so würde sich eine Jahresreserve von 23 Millionen Mark ergeben. Da das preussische Handelsministerium für die Durchführung seiner Maßnahme etwa mit 15 Millionen Mark rechnet, könnte mit einem entsprechenden Anteil auskommen. In diesem Betrag über die Wirtschaftsbetriebe für die Eltern zu gering angelegt. Der Staatsbeitrag der Eltern sollen eine Beihilfe erhalten, mit einem Staatsbeitrag von zehn Mark. Würde man drei Fünftel der Eltern eine Beihilfe gewähren, so wäre dafür ein Betrag von 12 Millionen Mark erforderlich. Die vorgesehene Ausnahme für die Landwirtschaft ist unverständlich. Gerade in der Landwirtschaft ist alles getan worden, um das Bildungsniveau zu heben, eine Verlängerung der Schulpflicht kann ruhig in Kauf genommen werden, wenn die erste Lehrjahre wird in den meisten Fällen sehr unproduktiv verlaufen. Die Unternehmer wollen nicht recht mitmachen, weswegen die Zahl der Jugendlichen und die Eltern scheuen finanzielle Belastung. Die Vorbereitungen für die Verwirklichung der Maßnahme im Jahre 1931 dürften im übrigen schon getroffen sein. Die als Notmaßnahme gedachte Verlängerung der Schulpflicht, welche Fehler keine Ausföhrungen zusammen, stehen also mancher Bedenken entgegen. Für eine Dauerregelung ist der Zeitpunkt unangelegen, weil Reich und Länder unter großen finanziellen

Schwierigkeiten leiden. Die Gewerkschaften bekennen sich grundsätzlich zu einer Erweiterung der Schulpflicht. Sobald die wirtschaftliche Lage sich bessert, muß diese bedeutende Reformforderung verwirklicht werden.

Vor Erstattung des Berichts über die Tätigkeit des Bundesvorstandes erhob Leipart, der Vorsitzende des Bundes, Protest gegen das Verbot des Remarquefilms „Im Westen nichts Neues“.

In seinem Bericht berührt Leipart zunächst die Verbesserung der Situation durch Flugblätter. Der Bundesvorstand werde selbst Flugblätter herausbringen, in denen er zu allgemeinen Fragen Stellung nehme. Er empfahl auch den Verbänden die besonderen Fragen ihres Tätigkeitsgebietes ähnlich zu behandeln. Auch die Bezirkssekretäre und die Ortsausschüsse sollten sich diesem Vorhaben anschließen. In Schluß habe der Bezirkssekretär die Vertreter der Ausschüsse zu einer Konferenz zusammenberufen. Solche Konferenzen müßten auch in anderen Bezirken abgehalten werden. Der Notgemeinsinn: Deutscher Wissenschaft — so führte Leipart weiter aus — kann der Bundesvorstand aus finanziellen Gründen nicht korporativ betreten, dagegen werde er die von der Notgemeinschaft eingeleitete Unternehmung über das Grubenunglück in Alsdorf unterstützen. Einer Anregung sozialistischer Hochschullehrer, monach die Gewerkschaften bestimmte wissenschaftliche Arbeiten an-

regen und dafür Preise von 1000, 600 und 400 M aussetzen wollten, müsse man nachkommen, denn sie sei schon deshalb notwendig, weil in geringerem Maße als bisher Stipendien zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Reichsausschuss der deutschen Jugendverbände, dem auch die freien Gewerkschaften angehörten, habe eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen zur Erweiterung des Jugendschutzes vorgeschlagen, die vielleicht zweckmäßig schon vor der Neuverteilung des Arbeitsjahrganges einer Lösung entgegenzuführen seien.

Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine fordere die Aufhebung des Nachtbrotverbotes für Großbetriebe. Der Bundesvorstand sei dagegen, weil sie vermutlich zu neuen Entlassungen führe, was der von den Gewerkschaften verfolgte Politik widerspreche.

Zum Untersekretär des IGB sei der von der Landeszentrale der Tschechoslowakei vorgeschlagene Kandidat Stolz gewählt worden, nachdem an die Stelle des bisherigen Generalsekretärs Sassenbach bereits Schevenels getreten sei. Der gemeinsame Ausschuss der sozialistischen Arbeiterinternationale und des internationalen Gewerkschaftsbundes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird seine Arbeiten im Januar auf einer neuen Tagung in Zürich fortsetzen.

Die spanischen Unruhen

Widerspruchsvolle Meldungen

Generalstreik in Spanien?
Paris, 15. Dez. Aus Spanien liegen eine Anzahl Havasmeldungen vor, die über die Ereignisse, die sich heute vormittag auf dem Madrider Flugplatz „Zu den vier Winden“ abgepielt haben, Einzelheiten bringen. Eine Meldung aus Hendaye besagt, gerüchtweise verlautet, daß in ganz Spanien der Generalstreik ausgerufen sei. Die Sperre an der Grenze werde außerordentlich stark gehandhabt, jedoch sei heute nachmittag der Verkehr der elektrischen Bahn zwischen Hendaye und San Sebastian, der eine zeitlang unterbrochen war, wieder aufgenommen.

Revolutionäre Militärsieger
Madrid, 15. Dez. (Eia. Draht.) Am Montag vormittag waren spanische Militärsieger über der Hauptstadt des Landes und einem Teil der übrigen Garnisonsstädte Spaniens zahlreiche Flugblätter ab, in denen es u. a. hieß: „Soldaten, vergangene Nacht ist in ganz Spanien die so lange erwartete republikanische Bewegung ausgebrochen, erwünscht von allen, die Gerechtigkeit erheben. Volk und Heer haben gemeinsam die Regierung fortgesetzt. Die Nachrichten, die man von der schon eingeleiteten republikanischen Regierung erhält, bestätigen den Erfolg, wie er zu erwarten war. Es lebe Spanien, es lebe die Republik.“

Verhaftung der aufständischen Flieger
Madrid, 15. Dez. (Eia. Draht.) Wie die spanische Regierung mitteilt, waren an dem Flug 25 Flugzeuge beteiligt, deren Führer nach ihrer Landung in Madrid sofort verhaftet wurden. Der Aufbruch zum Umsturz habe auf die Truppen keinerlei Eindruck gemacht. Im ganzen Lande herrsche trotz des vereinzelt drohenderen Generalstreiks völlige Ruhe.

Wie lautet die Wahrheit über die Lage?
London, 16. Dez. (Eia. Draht.) Die hier am Montag abend über die Lage in Spanien vorliegenden Meldungen sind widerspru-

chsvoll und unkontrollierbar. Am späten Nachmittag ließ die spanische Volkspolizei offiziell die Nachricht verbreiten, daß die Regierung in Madrid Herrin der Lage sei. Dem widerspricht jedoch die Tatsache, daß seit Montag, 11.30 Uhr, jeder Telegramm- und Telefonverkehr zwischen London und Madrid aufhört hat.

Einzelheiten über die Flugplatzvorgänge
Paris, 15. Dez. Ueber die Meuterei der Besatzung des Flugplatzes „Zu den vier Winden“ berichtet die Agentur Havas aus Madrid folgende Einzelheiten: Die aufständischen Flieger besetzten die Funkstation der spanischen Telefongesellschaft, die sich in der Nähe des Flugplatzes befindet, nahmen den Direktor und die Angestellten gefangen und ließen darauf die Nachricht verbreiten, daß in Spanien die Republik ausgerufen sei. Durch die Beschießung des Flugplatzes durch die Regierungstruppen soll nur ein Aufständischer leicht verletzt worden sein. Als die Journalisten sich um 2 Uhr nachmittags auf den Flugplatz „Zu den vier Winden“ begaben, stellten sie fest, daß dort wieder völlige Ruhe herrschte.

Blutige Zusammenstöße
Madrid, 16. Dez. (Sunddienst.) Die Regierung hat über Madrid und Umgebung am Montag nachmittag das Kriegsrecht verhängt. Der am Montag in zahlreichen spanischen Städten veranstaltete Generalstreik ist bis auf San Sebastian und Santander überall ruhig verlaufen. In San Sebastian versuchten Arbeiter arbeitswillige Kollegen von der Arbeit abzuhalten und die Milch- und Lebensmittelzufuhr zur Stadt zu unterbinden. Als die Polizei einschritt, kam es zu blutigen Zusammenstößen. Auf beiden Seiten waren Tote und Verwundete zu beklagen.

Poincaré ernstlich erkrankt

Paris, 15. Dez. (Eia. Draht.) In dem Befinden des ehemaligen Ministerpräsidenten Poincaré, der nach dem Rücktritt Ludovics aus Gesundheitsgründen den Auftrag zur Neubildung der Regierung abgelehnt hatte, ist eine bedenkliche Verschlimmerung eingetreten. Am Samstag wurde er von einem leichten Uebelsein befallen, das ihn zu freier Bettruhe zwang. Wie man behauptet, soll Poincaré eine rechtsseitige Lähmung erlitten haben.

Montag um 20.05 Uhr abends ist der Hausarzt wiederum aus Krankenzimmer gerufen worden. Der Arzt erklärte den Journalisten: Er warte keine Erklärung meinerseits. Ich werde das Haus Poincarés nicht verlassen. Die Tatsache, daß der Hausarzt Poincarés kurz nach der am späten Nachmittag erfolgten Untersuchung wieder dringlich aus Bett Poincarés zurückgerufen wurde, und seine Kehrerung, daß er die Nacht dort verbringen wolle, lassen befürchten, daß der Zustand des Kranken ernstlicher geworden ist.

Ein Gehirnschlag
Paris, 16. Dez. (Sunddienst.) Der Gesundheitszustand Poincarés hat sich am Montag abend weiter verschlimmert. Wie verlautet, hat der Eminenzpräsident einen Gehirnschlag erlitten.

Reichsbanner und Remarquefilm

Berlin, 15. Dez. (Eia. Meld.) Das Reichsbanner verhandelte heute abend in vier großen Sälen Berlins gegen das Verbot des Remarquefilms. Die Versammlungen waren allenthalben überfüllt, so daß Parallelveranstaltungen abgehalten werden mußten. Während die Versammlung im Friedrichshain gut verlief, kam es in der Versammlung in der Neuen Welt zu Unruhen. Einem Nationalsozialist, dem Redebeiträge zugesichert war, wurde wegen beleidigender Äußerungen das Wort entzogen. Daraufhin nannte er die Reichsbannerleute „Föbel“, was eine große Erregung hervorrief. Es entwickelte sich eine Schlägerei. Der Nationalsozialist mußte mit blutenden Verletzungen aus dem Saal getragen werden. Auch in der Versammlung in den Pharusälen kam es zu einem Zwischenfall zwischen Kommunisten und anderen Besuchern. Auch hier entstand eine Schlägerei. Es gelang, die Störer aus dem Saal zu entfernen. In allen Sälen wurde eine Entschließung angenommen, in der die Darlegungen und Forderungen der Redner zusammengefaßt sind.

Im Februar, im Februar...

Mut und Hoffnungen unserer Reaktionäre

Die deutschnationale Süddeutsche Zeitung erklärt in ihrer gekürzten Ausgabe, „noch niemals hat ein deutscher Reichstag so kläglich verjagt, wie der Reichstag des 14. September. Noch nie hat ein Reichstag sich seiner Aufgabe als gesetzgebende Körperschaft so bewußt entzogen, wie dieser Reichstag“. Wir sind leider genötigt, diesem Reaktionsorgan bei seinem Angriff auf den Reichstag zuzustimmen, aber es ist vollkommen falsch, wenn das Blatt aus dem Verjagen des Reichstages vom 14. September die „absolute Ueberflüssigkeit“ des parlamentarischen Systems behaupten will. Nicht das parlamentarische System hat verjagt, sondern der Reichstag ist zur positiven gesetzgeberischen Tätigkeit deshalb nicht gekommen, weil ungefähr die Hälfte seiner Mitglieder in bewußter Sabotage das Parlament bisher an der positiven Tätigkeit gehindert haben. Das Blatt meint nun weiter, die einzige positive Leistung, die der Reichstag vollbracht habe, bestehe darin, daß die Existenz des Kabinetts Brüning um einige Wochen verlängert worden sei. Das Blatt höhnt nun darüber, daß es heute gewissermaßen zum letzten Ton im Reichstag gehöre, sich „antimarxistisch“ zu gebärden, wenn aber die Parteien, die sich als antimarxistisch aufspielen, das durch die Tat beweisen sollen, dann fehle es an dem nötigen Mut. Die Regierung Brüning sei in völlige Abhängigkeit von der Sozialdemokratie geraten und die Sozialdemokratie selbst habe bisher in der Hauptsache dem Kabinetts Brüning die Existenz gewährleistet. Dem Süddeutschen Reaktionsorgan ist es ganz klar, daß die Sozialdemokratie das nicht der schönen Augen des Herrn Brüning und seines Kabinetts wegen tut. Es hat als Hauptgrund das Folgende entdeckt:

... man kennt ja die tiefsten und letzten Gründe für die parlamentarische Taktik der Sozialdemokratie. Es ist einseitig und allein Preußen, um dessenwillen die Sozialdemokratie auch noch eine dritte und vierte Notverordnung hinnehmen wird, und es ist nicht zuletzt die Furcht vor Neuwahlen in Preußen, die die Sozialdemokratie zum getreuen Ballast Brünings werden läßt. Preußen ist der Lohn und der Preis für die Gefolgschaft der Sozialdemokratie, Preußen war das Kampfbild, um das es in erster Linie in diesen Tagen auch im Reichstag ginge. Und gerade dieses Kampfbild hätte einigen Reaktionsparteien es nahelegen müssen, Seite an Seite mit der nationalen Opposition das Kabinetts Brüning zu führen, um damit Neuwahlen in Preußen zu erzwingen, die der Herrschaft der Herren Braun und Severing das sichere Ende bereiten würden. Was nicht alle Opposition in Preußen, wenn man nicht den Mut hat, den Döbel zur Beendigung der schwarz-roten Herrschaft an der mißlichsten Stelle anzufachen. Wir erinnern uns, daß einst die Deutsche Volkspartei ihre Beteiligung an der Reichsregierung von der Beteiligung an der Preußenregierung abhängig gemacht hat. Es ist ihr freilich nie gelungen, zum Ziele zu kommen, und heute

ist diese alte, volksparteiliche Forderung genau so veraltet wie der schöne Vers auf den volksparteilichen Wahlplakaten des Jahres 1920: „Von roten Ketten macht Euch frei...“

In der Tat: es wäre falsch, von der Süddeutschen Zeitung behaupten zu wollen, sie sei mit ihrer eben dargelegten Auffassung auf dem Holzwege. Für die bisherige Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Kabinetts Brüning spielt, wie wir im Volksfreund schon wiederholt dargelegt haben, die Frage Preußen eine außerordentlich wichtige Rolle. Darüber hinaus aber auch die Tatsache, daß ein Sturz des Kabinetts Brüning bisher allein nur den Parteien agitatorischen und politischen Vorteil gebracht hätte, die die heutige Staatsform zertrümmern und die Demokratie erwidern wollen. Wozu noch kommt, daß im gegenwärtigen Augenblick ein Sturz des Kabinetts Brüning von unübersehbaren finanziellen und wirtschaftlichen Schädigungen begleitet sein würde.

Die Süddeutsche Zeitung hat somit von ihrem Standpunkt aus, wie die gesamte deutsche Reaktion, berechtigten Grund, über die Haltung der Sozialdemokratie sehr mühselig zu sein. Aber das Blatt gibt die Hoffnung nicht auf, in wenigen Wochen zum ersehnten Ziele zu gelangen, neben oder unter den Nazis die Macht zu erhalten. Es führt am Schluß seiner Darlegungen aus:

„Die Entscheidung über die Fortexistenz des Kabinetts Brüning ist bis in den Februar hinein vertagt. Im Laufe des Februar wird und muß die Entscheidung fallen. Die deutschnationalen Mißtrauensanträge gegen die Minister Brüning, Curtius und Treverius müssen dann zur Abstimmung kommen. Man muß sich darüber klar sein, daß Herr Brüning alles daran setzen wird, sein Kabinetts möglichst unverändert über die kommenden Monate hinwegzubringen. Denn, wenn der eine oder andere Minister noch herausgeholt werden sollte, dann bleibt von dem „Hindenburg-Kabinetts“ nicht mehr viel übrig. Man wird sich darum auf schwerste parlamentarische Kämpfe, aber noch mehr auf intensive Kautelenarbeit, insbesondere von Seiten des Zentrums, achten machen müssen.“

Auch hier sei dem Blatt wieder zugegeben, daß im Februar, alsbald nach dem Zusammentritt des Reichstages, Kämpfe und Abstimmungen erfolgen werden, die nicht nur die weitere Existenz des Kabinetts Brüning bestimmen werden, sondern darüber hinaus vielleicht zu Entscheidungen führen, die weit größere Bedeutung haben, als die im Augenblick der Existenz des Kabinetts Brüning innewohnt. Es läßt sich natürlich heute nicht im geringsten voraussagen, wie die politische Situation im Februar sich für die Sozialdemokratie darstellt, aber das eine glauben wir sagen zu können: Die Sozialdemokratie wird nichts tun, was der Reaktion Freude bereitet und Nutzen bringt. Das letztere würde heißen, die wertvollen Massen des deutschen Volkes aufs Schwerste zu schädigen.

Kapitalschützer vom Satenkreuz

Im Reichstag stimmte die Kapitalaktion geschlossen gegen die Besteuerung der Vermögen über eine halbe Million, der Dividenden, Ausschüttungen und



Der Geldiad: „Noch niemals in der Weltgeschichte ist ich unter so bezaubernden Parolen geschickt worden.“

Nationalsozialistische „Bewegungskrieg“-Manöver?

Gedenkt Fried auch hiergegen einzuschreiten?

Die sozialdemokratische Volkszeitung in Apolda meldet, daß kürzlich Mitglieder der NSDAP, militärisch organisierte Aufmärsche und eine Nachzügung veranstaltet haben. In der betreffenden Notiz heißt es:

„Was war z. B. in der Nacht vom Sonntag, den 30. November, auf dem Sperlingsberg los? Dort führten zwei Dutzende Gruppen der Nazi Jugend gegen Apolda-Sulza einen regelrechten Bewegungskrieg zur Nachtzeit durch. Der Sperlingsberg wurde gestürmt und die Gruppe Apolda war Sieger. Es war alles bei Hallo in der Gegend, Nachtis 2 Uhr marschierten Nazistruppen nicht etwa geräuschlos durch Apolda.“

Nachdem der thüringische Innenminister Fried so lauthals gegen angelegliche militärische Übungen des Reichsbanners auftrat und sich dabei sogar auf den „Vertrag von Versailles“ stützte, darf man wohl erwarten, daß er gegen die „Bewegungskrieg“-Feierlichkeiten der NSDAP in gleicher Weise vorgeht, wobei ihr — falls er keine Neigung dazu haben sollte — ja das Reichsinnenministerium etwas behilflich sein könnte.

Schafft billige Wohnheimstätten

Ein Gesetzentwurf der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratische Partei hat im Reichstag den Entwurf eines Wohnheimstättengesetzes eingebracht. Damit legt sie ihre Bestrebungen zur Schaffung menschenwürdiger Wohnverhältnisse für die breiten Schichten des Volkes in einem Augenblick fest, in dem die soziale Wohnbaufähigkeit durch die beschleunigte Kürzung der Haussteuerermittel gefährdet wird. Gegenüber diesen Umständen, auf ein modernes, den berechtigten Forderungen der breiten Bevölkerung entsprechende Wohnungspolitik muß mit dem härtesten Nachdruck an die Zuhörer erinnert werden, die die Verteilung des Reichsartikels 155 macht. Dort heißt es: „Die Verteilung des Reichsartikels 155 macht, daß die Verteilung des Reichsartikels 155 macht, daß die Verteilung des Reichsartikels 155 macht.“

Wenn diese Forderung nicht ein leeres Versprechen bleiben sollte, muß endlich mit ihrer Verwirklichung ernst gemacht werden. Denn das ist seit der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachte Gesetzentwurf, dessen wichtigste Bestimmungen im folgenden kurz erläutert werden sollen. Der Gesetzentwurf ist dem Reichstag als dem Stellen, die die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung am besten übersehen, dem Reichstag zur Beratung vorgelegt.

Die Erfüllung dieser Aufgaben ist den Gemeinden in großem Umfang erschwert. Das liegt vornehmlich an zwei Umständen. Ein größtenteils ungenutztes Grundbesitz in vielen Fällen durch die private Boden speculation verbunden, die mit ihren hohen Preisen den Gemeinden die Grundstücke knapp macht. Darum steht der Gesetzentwurf vor, daß die Gemeinden in allen Fällen, in denen Grund und Boden zur Veräußerung gelangt, ein Vorkaufrecht erhalten. Das Vorkaufrecht allein genügt jedoch nicht, um in allen Fällen diese Aufgaben erfüllen zu können. Dringliche Erfordernisse der kommunalen Wohnungswirtschaft können sehr häufig nicht befriedigt werden, weil die privaten Grundbesitzer sich zu einem Verkauf nicht herbeilassen. Dann kann das Wohnungsamt nur deshalb nicht beteiligt werden, weil an der Unantastbarkeit des Privateigentums ohne Rücksicht auf die drängendsten Bedürfnisse der unbedeutenden Bevölkerung festgehalten wird. Um diesen jeder sozialen Gerechtigkeit entsprechenden Zustand zu beheben, verleiht der Gesetzentwurf den Gemeinden das Enteignungsrecht. Es soll angewendet werden, wenn die Erhaltung des Privateigentums in trassendem Widerspruch zu dem Gebot der Reichsverfassung: „Eigentum verpflichtet. Gebrauch soll zugleich Dienst sein für das Gemeine Beste.“

Die Enteignung soll nicht entschädigungslos vorgenommen werden. Andererseits soll aber der Eigentümer nicht eine unangenehme, feriat hohe Entschädigung verlangen können, denn dann hätte die Enteignung durch Gemeinden nicht in Betracht.

Nun hat die Sozialdemokratie den längst vom ständigen Reichstag für Wohnheimstättenwesen ausgearbeiteten Gesetzentwurf aus dem Reichstag vorgelegt. Der Reichstag wird Farbe bekennen müssen. Vor allem die nationalsozialistische Fraktion, die den Kampf gegen das Eigentum an Grund und Boden zwar proklamatorisch forderte, aber auf Befehl Hitlers längst preisgegeben hat.

Sozialdemokratie und Ausgesteuerte

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf ein Ausweg aus dem Chaos

Die Fürsorge für die Wohlfahrtsverbände, d. h. für diejenigen Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung oder Arbeitslosenunterstützung haben, ist immer mehr zum Kernproblem der Gemeindefinanzen geworden. Durch das lawinenartige Anschwellen der Zahl der Ausgesteuerten stehen die Gemeinden vor dem finanziellen Zusammenbruch und ohne ihre rechtzeitige Entlastung entstehen sowohl für die Hilfsbedürftigen als auch für die Selbstverwaltung schwere Gefahren. Aus diesem Grund hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Fürsorge für die Arbeitslosen ohne Versicherungsmaßregeln Anspruch grundsätzlich neu regelt.

Dieser Gesetzentwurf scheidet den Ausgesteuerten ausreichende Unterhaltungen und wendet von den Gemeinden die Gefahr der Finanzkatastrophe ab.

Der Entwurf geht von dem Grundgedanken aus, daß alle Arbeitsfähigen von Arbeitsamt zu betreuen sind, daß also die Fürsorge für Arbeitslose nicht zu den Aufgaben der Gemeinden nach den Bestimmungen der Fürsorgepflichtordnung gehört. Damit entfällt für den Erwerbslosen bzw. seine unterhaltspflichtigen Angehörigen die Erhaltungspflicht, die heute für Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung besteht.

Im allgemeinen legt der Gesetzentwurf die bisherigen Bestimmungen der Fürsorgepflichtordnung zugrunde, erweitert aber ihre Vorschriften zu einer besonderen Arbeitslosenfürsorge, die stets — also nicht mehr wie bisher nur in Zeiten besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage — zu gewähren ist, wenn der Arbeitslose keinen versicherungsmäßigen Anspruch hat. Deshalb bestimmt auch der hierfür maßgebende § 4 des Gesetzentwurfes:

„Die Fürsorgeunterstützung wird ohne Einbehaltung einer Wartezeit für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit gewährt.“

Die Höhe der Fürsorgeunterstützung soll sich auch, wie bisher, in der Arbeitslosenunterstützung nach dem Arbeitslohn richten, doch wird hier vorgeschlagen, daß nur die mittleren Wohnklassen, also die Klassen 6, 7 und 8 für die Bemessung der Unterstützung maßgebend sein sollen. Um zu verhindern, daß die Fürsorgeunterstützung nach dem neuen Gesetz etwa unter dem Unterstützungssatz der Wohlfahrtsunterstützung liegt, ist noch folgende Bestimmung vorgegeben:

„Soweit der dem Arbeitslosen nach seiner Einstufung zuzurechnende Unterstützungssatz den Richtsatz der am Wohnort nach

den Grunddaten der Fürsorgepflichtordnung zu gewährenden Fürsorgeleistung unterliegt, ist er auf diesen Betrag zu erhöhen.“

Dem Charakter dieser besonderen Arbeitslosenfürsorge entsprechend ist in dem Gesetzentwurf auch eine Vermögensprüfung vorgesehen, die sich aber nach streifenden Grunddaten zu richten hat. Bei Aufstellung dieser Grunddaten sind von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion diejenigen bisherigen Bestimmungen der Fürsorgepflichtordnung ausgespart worden, die sich in der Praxis als untragbar für eine gerechte Arbeitslosenfürsorge erweisen haben. Die Prüfung der Bedürftigkeit erfolgt durch die Bezirksfürsorgeverbände. Die Entscheidung darüber, ob einem Arbeitslosen Fürsorgeunterstützung zu gewähren ist, ist jedoch Sache des Arbeitsamtes. Bei Verweigerung der Unterstützung steht dem Arbeitslosen die Beschwerde im Spruchverfahren offen. Die Zusammenlegung der Spruchinstanzen erfolgt jedoch insofern eine Veränderung, als an die Stelle des Unterverrichters ein Vertreter der öffentlichen Körperschaft tritt.

Von besonderer Bedeutung ist die Frage der Aufbringung der Mittel. Hierüber bestimmt § 12 des Gesetzentwurfes folgendes:

„Von dem notwendigen Aufwand, der durch die Fürsorgeunterstützung entsteht, trägt grundsätzlich die Hälfte das Reich, ein Viertel tragen die Länder und ein Viertel die Gemeinden, in denen nach § 168 und 169 die örtliche Zuständigkeit zur Fürsorgeunterstützung begründet ist. Uebrigens ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Fürsorge die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung im Durchschnitt eines Monats um mehr als 50 Prozent, so hat die Reichstagsfraktion für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für diesen Monat ein Drittel des auf die Länder entfallenden Anteils zu übernehmen. Der auf die Länder entfallende Anteil ermäßigt sich entsprechend.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat mit diesem Vorschlag einen Ausweg aus dem Chaos gezeigt, in dem sich zur Zeit die gemeindliche Wohlfahrtspflege im allgemeinen und die Fürsorge für die langfristigen Arbeitslosen im besonderen befindet. Es ist auch der einzige gangbare Weg zur Vereinheitlichung der Fürsorge für die Wohlfahrtsverbände und der Arbeitslosen und man kann nur wünschen, daß ihr Reichsregierung und Reichstagsmehrheit schnellstens geben, damit der finanzielle Zusammenbruch der deutschen Gemeinden verhindert wird.

Ein politischer Skandal

Die Wahlagitator des Millionärs

Paris, 15. Dez. (Sta. Drab.) Aus dem Wahlkreis Cannes-Antibes, wo am Sonntag eine Nachwahl zur Kammer stattfand, wird ein Skandal gemeldet, der in ganz Frankreich großes Aufsehen erregt hat. Wie immer hatte der Luxusbaukreis an der französischen Riviera auch diesmal einen politisch ehrgeizigen Multimillionär, Herrn Louis Dreyfus, angelockt. Bei den Kammerwahlen im Jahre 1928 war in Cannes der bekannte Kolonialfinanzier Octave Homberg trotz der Entfaltung seiner Millionen angeschlagen worden. Dreyfus aber scheint mehr vom Glück begünstigt zu sein. Der erste Wahlgang hat allerdings noch nicht die Entscheidung gebracht. Dreyfus erzielte rund 5000 Stimmen, sein stärkster Gegenkandidat, der Sozialist Garino, konnte keine Stimmenzahl gegenüber den letzten Wahlen verdoppeln und erhielt 2572 Stimmen. Die übrigen Parteien hat sich Dreyfus, der unter der sonderbaren Etikette eines Konzentrations-Republikaners auftritt, dank seines Reichtums zu verjagen gemocht. Eine der besten

bürgerlichen Zeitungen hat er für eine einzelne Million käuflich erworben. Durch seine Agenten ließ er zugleich alle Straßenkreuzer der sozialistischen Zeitung Egalitäre sofort nach ihrem Erscheinen aufkaufen, weil die Opposition der sozialistischen Partei gegen seine Kandidatur nicht in das Publikum bringen sollte.

Senator Charabel hat inzwischen unter Bezugnahme auf den Skandal, seinen Austritt aus der republikanisch-demokratischen Partei erklärt, weil diese sich von Dreyfus habe lauten lassen.

Englands Kriegsschulden an Amerika

London, 15. Dez. (Sta. Drab.) Die Bank von England hat am Montag 19 Millionen Pfund Sterling als übliche Rate der englischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten überwiesen. Mit dieser neuesten Zahlung hat England 260 Millionen Pfund Sterling seiner Kriegsschulden an Amerika abgetragen. Es sind jetzt noch 880 Millionen Pfund, (etwa gegen 18 Milliarden Goldmark) zu zahlen.

Volksrauvertag 1931

RTA, Berlin, 15. Dez. Der Ausschuss für die Festlegung der Volksrauvertage hat einstimmig beschlossen, den Volksrauvertag für den 5. Sonntag vor Ostern, Reminiscere (1. März 1931), in gleicher Weise wie in den Vorjahren zu feiern.

Partei-Nachrichten

Reichstagsabgeordneter Hoffmann †

Berlin, 15. Dez. (Eig. Meldung.) Im Westend-Sanatorium verstarb heute früh der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Johannes Hoffmann an einer Herzkrankheit. Hoffmann war am 1. März 1888 in Albesheim bei Völs in der Pfalz geboren. Nach dem Abitur besuchte er in dem Ministerium Kurt Eisner die Kunstakademie München. Nach der Ernennung Eisners zum bayerischen Ministerpräsidenten wurde Hoffmann Mitglied im Reichstag. Hoffmann war seit 1912 an, ebenso der Deutschen Reichstagsabgeordneter. Hoffmann hat noch bis zum Freitag an den Reichstags-Sitzungen teilgenommen; trotzdem er seit zwei Jahren schwer erkrankt war. Mit dem Genossen Hoffmann verliert unsere Reichstagsfraktion ein Mitglied, das an Pflichttreue von keinem anderen zu überbieten war. Unsere pfälzischen Genossen aber verlieren den Mann, der nach Franz Joseph Erzbischof der Führer wurde und mit dem sie in Kameradschaft und Treue verbunden waren.

Hoffmann, eine in sich verschlossene Natur, kannte nur Arbeit und Dienst für die Partei und seine Volksgenossen. Es war nicht leicht, ihm näherzukommen. Doch, wenn dies möglich war, lernte man einen Menschen kennen, ausgestattet mit einem reichen Wissen und mit einem Charakter, lauter wie Gold. Hoffmann sah auf seine Gesundheit oder eigenes Wohl war ihm fremder Begriff. Nach bei der letzten Wahlbewegung, obwohl bereits von einer heimtückischen und langwierigen Krankheit stark geschwächt, sah man ihn noch für die Partei kämpfen.

Tribünenkarten für die Landtagsverhandlungen

Allen Parteien die Möglichkeit zu geben, Tribünenkarten für die Landtagsverhandlungen auszugeben, ist die Aufgabe der Kartenschein-Kommission. Wer an Verhandlungen des bayerischen Landtags teilnehmen will, muß sich zwecks Erreichung einer Eintrittskarte eine der politischen Parteien wenden. Wer also von der sozialdemokratischen Partei einer Landtagsverhandlung beizuhören will, muß die Eintrittskarte von der sozialdemokratischen Landtagsfraktion verlangen. Dies kann für auswärtige Wohnende schriftlich geschehen durch eine Anschrift an die Landtagsfraktion, und diejenigen Genossen und Genossinnen, die bereits in Karlsruhe sind, können die Eintrittskarte im Fraktionsszimmer abholen. Voraussetzung für die Zuschuldung einer Eintrittskarte ist die Ausweisung mit dem Parteimitgliedsbuch als Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Ohne diesen Ausweis können Eintrittskarten nicht abgegeben werden. Insbesondere müssen die auswärtig wohnenden Genossen, die an den Landtagsverhandlungen teilnehmen wollen, im Besitz eines Parteimitgliedsbuches sein, weil sie ohne diesen Gesichtspunkt keine Eintrittskarte zu erhalten.

Gemeindepolitik

Bürgerausschüßsitzungen

Das letzte Donnerstag, abends 7 Uhr, war der neugewählte Bürgerausschuß zum ersten Male einberufen, um über den Bericht des Ausschusses zu entscheiden. Da er nun an diesem Abend wieder abgehalten wurde, war eine neue Tagung ausdrücklich auf Freitag, abends 7 Uhr, angesetzt. Das Bürgerausschüßmitglied auf dem Rathaus ist bereit, daß die Bürgervereinsmitglieder seit der letzten Sitzung die absolute Mehrheit hat, während nordem die S.P.D. die meisten Sitze, aber keine absolute Mehrheit besaß. Diese absolute Mehrheit wurde erlangt durch unerfüllbare Wahlversprechungen und durch gemeine Verdächtigungen der Sozialdemokratie, der man Mißwirtschaft vorwarf und anderes mehr. Diese Bürgerausschüßsitzung hat nun in dieser Sitzung durch ihren Sprecher die Erklärung abgegeben, daß sie den Vorschlag ablehnt. Als Begründung für diesen Standpunkt erklärte er, daß die Sozialdemokratie die Macht gehabt hätte, den Vorschlag anzunehmen. Dazu muß man schon sagen, ein feines Plänchen. Die Sozialdemokratie mutet man an, den Vorschlag anzunehmen, um dann infolge der Umlageerhöhung über sie herfallen zu lassen. Es ist kein gutes Zeichen, wenn eine politische Gruppe die Macht über dem Rathaus erstrebt und erhält, und dann das seitens der Bürgerausschüßsitzung in so gefehte Vertrauen, auf eine ordnungsgemäße Verwaltung zu mißtraut. Man hat bei den Bürgerausschüßsitzungen gemerkt, daß mit Schmeichelei noch gar nichts getan ist. Um einen Bürgerausschüß zu bilden, wenn man berücksichtigt, daß ihr eigener Bürgermeister diesen Vorschlag aufgestellt hat, und um Annahme hat. Bürgermeister Gerhardt wird von uns anerkannt, nicht verachtet. Wir rechnen es ihm hoch an, daß er der Wahrheit gemäß — sich an der Erkenntnis bürgerlicher Interessen durch die dauernd steigenden Mißwirtschaften bedingt sind. Der Sprecher der Sozialdemokratie wies auf diese unrichtige Auffassung der Bürgervereinsmitglieder hin, daß man anderen ausnutzen, was man selbst nicht tun will. Die Sozialdemokratie entsetzt sich der Stimme.

Gewerkschaftsbewegung

Abbaupläne der Buchdruckereibesitzer

S.P.D. Berlin, 15. Dez. Die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Lohnvertrages für das Buchdruckergewerbe, die am Montag in Berlin begannen, haben bisher einen wenig erfreulichen Verlauf genommen. Die Unternehmer hatten das Lohnabkommen genehmigt, um die Löhne abzubauen. Sie verlangen nicht weniger als eine Tariflohnabnahme um 14,5 Prozent. Was bedeutet das? Die tariflichen Wochenlöhne sind nach 4 Alters- und 11 Ortsklassen von 32,76 M bis 58,50 M gestaffelt, und zu diesen Löhnen steht der Wochenlohn der Hilfsarbeiter in einem bestimmten Prozentverhältnis. Nach der Forderung der Unternehmer soll der tarifliche Spitzenlohn von 58,50 M auf 50 M heruntersinken. Die Gewerkschaften verlangen die Verlängerung der Geltungsdauer der bisherigen Tariflöhne. Darüber hinaus fordern sie eine vorübergehende Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden, auf 5 Tage zu verteilen, zum Zwecke der Wiederherstellung arbeitsloser Geistes- und Hilfsarbeiter. „Der sich daraus ergebende Lohnausfall“ — so heißt es in der Forderung der Gewerkschaften — „ist von Unternehmer und Arbeiter zu tragen“. Trotz dieses aus der furchtbaren Arbeitslosigkeit zu erklärenden beträchtlichen Opferangebots der Gewerkschaften blieben die Unternehmervertreter in den Verhandlungen bei ihrem starren Nein. Wie im Frühjahr bei den Metalltarifverhandlungen, so erklärten sie auch jetzt wieder, sie wollten sich auf Arbeitszeiterweiterungsdebatten nicht einlassen, da die Verkürzung der Arbeitszeit in den bestehenden Metalltarif eingreife. Sie haben also den traditionellen Mut, sich angesichts eines zum Himmel schreienden Elends hinter formale Gründe zu verschließen.

Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, als die Unternehmer kein Entgegenkommen zeigten, daß auch nicht in Verhandlungen über Lohnabbau eingetreten werden sollte, wenn die Unternehmer dabei hielten, über Arbeitszeiterweiterungen nicht zu verhandeln. Nach dieser Erklärung des Kampfbundes wurden die Verhandlungen zunächst abgebrochen. Am Dienstag werden sie unter Hinzuziehung des Zentralarbeitsrichtungsamtes weitergeführt. Die 3 Unparteiischen des Zentralarbeitsrichtungsamtes sind Professor Braun, der jedoch den Bankstichtungsbericht gefüllt hat, Präsident des Handelsamtes in Berlin, Debes und Gemeinderat Feder (Kotsch). Man rechnet damit, daß es am Dienstag in später Abendstunde zur Fällung eines Schiedsspruchs kommt.

Die Verhandlungen im Einzelhandel gescheitert

Berlin, 15. Dez. (Eigene Meldung.) Die Lohnverhandlungen im Einzelhandel sind den Wäutern zufolge gescheitert. Die Arbeitgeber erklärten, die Gehälter der Wäutereien um 10 Prozent kürzen zu müssen (!). Der einzige Vorschlag, der beachtet werden könnte, sei der, daß das bestehende Gehaltsabkommen bis zum 31. Januar verlängert würde und daß dann neue Gehaltsverhandlungen stattfinden würden. Die Arbeitgebervertreter wiesen die 10prozentige Gehaltskürzung ab und verlangten zum mindesten eine Verlängerung des Gehaltsabkommens bis zum 28. Februar.

Verbindlichkeitserklärung des Bankstichtungsberichtes beantragt

Berlin, 15. Dez. Der Reichsverband der Bankstellungen teilt mit: Der im Tarifvertrag des Kantengewerbes am 10. Dezember 1930 unter Vorbehalt des Sonderstichtungsberichtes der Regierungsrat a. D. Dr. Brönnel beantragte Bankstichtungsbericht ist vom Reichsverband der Bankstellungen angenommen worden. Da die beteiligten Gewerkschaften den Bankstichtungsbericht abgelehnt haben, hat der Reichsverband der Bankstellungen die Verbindlichkeitserklärung des Bankstichtungsberichtes beantragt.

Lohnverhandlungen für den Kührerbau verschoben

Essen, 15. Dez. Wie aus Bergbaukreisen verlautet, wurden die für den 19. bzw. 20. Dezember anberaumten Lohnverhandlungen für den Kührerbau bis nach den Weihnachtstagen verschoben. Als neuen Verhandlungstermin ist der 29. Dezember in Aussicht genommen. Die Arbeitgeber fordern bekanntlich eine Lohnabsetzung um 13 Prozent.

Reichskonferenz der österreichischen Eisenbahner

S.P.D. Wien, 13. Dez. (Eig. Draht.) In Wien trat am Samstag die Reichskonferenz der österreichischen Eisenbahnerorganisationen zusammen.

Die Bürgervereinsmitglieder haben nicht den Willen, der Gemeinde die Mittel zu bewilligen, die sie benötigt, um sich nicht sagen lassen zu müssen, daß auch sie mit „Wasser kocht“. Sie arbeiten darauf hin, daß der Bezirksrat diesen Vorschlag anstandslos ablehnt, und daß hinterher durch die Bürgervereinsmitglieder auch gleich die Bürgervereinsmitglieder eingeführt wird, da dann, nach einem bürgerlichen Ausspruch, „die andern auch kochen“. Warten wir also ab. Der Sprecher der Kommunisten lehnt den Vorschlag ebenfalls ab, lehnte also damit die Mittel ab, die sie in einem Antrag für die Arbeitslosen verlangen. Das ist doch gewiß konsequent!! Wir wissen ja, daß diese „Arbeitslosen-Fremdenliebe“ nur zu 50 Prozent wahr ist, die anderen 50 Prozent geben auf Rechnung ihres hemmungslosen Vortriebsbedürfnisses. Der kommunistische Sprecher hat weiter erklärt — im Zusammenhang mit rüstungslosen Mietern in Gemeindefremdenwohnungen — daß er noch niemand kennen gelernt hätte, „der ohne Geld zu haben bezahlt hätte“. Er wurde dann mit dem selben Hinweis von Bürgermeister Gerhardt abgelehnt, daß auch er keine Gemeinde kenne, die bezahlen kann ohne Geld zu haben“. Trotzdem muß natürlich das Möglichste für die Arbeitslosen getan werden, denn diese ärmsten aller Menschen tragen ein schweres Los — und das sind eben mit die „andern“, die auch bezahlen sollen, laut vornehmendem Ausspruch. Ein bißchen mehr Menschlichkeit würde nichts schaden.

kommen. Die Konferenz ist von nahezu 800 Delegierten besucht. Zur Tagung ist die gesamte Exekutive der Internationalen Transportarbeiterföderation erschienen. Aus Deutschland sind Göring von der Transportarbeiterföderation, ferner Jahn und Kramer von der Eisenbahnerföderation gekommen. — Dr. Bauer überbrachte die Grüße der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Fraktion. Er erklärte, daß die Sozialdemokratie alle Energie aufbietet, um das mit der Bestellung des Generaldirektors Stratiella geplante Vitezial auf die Rechte der Eisenbahner abzuwehren. Die Fraktion habe den neuen Bundesanwalter nicht darüber im Zweifel gelassen, daß sie geschlossen hinter den Eisenbahner stehe. — Aus den am Samstag erhaltene Tätigkeitsberichte geht hervor, daß trotz aller Unterwerfung der Gewerkschaft die Organisation unerschütterlich besteht. Sie umfaßt auch heute noch 80 Prozent aller Eisenbahner. Es gehören ihr 80 000 Mitglieder an.

Die Arbeiterfreundlichkeit der Nazis

Sieht man die Nationalsozialisten reden, dann gibt es keine größeren Arbeiterfreunde als sie. Wie es mit der Arbeiterfreundlichkeit ihrer eigenen Betriebe ausieht, hat dieser Tage eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht in Dresden gezeigt, in der gegen den Nazi-Zeitungsverlag „Frohberg und Bonhäuser“ von den Arbeitnehmern Klage geführt wurde. Die Kläger erklärten: Der Verlag wollte die Wahl des Betriebsrats vereiteln. Den Lohn für die Zeitungsträger hat er um 5 Prozent gekürzt. Der Betriebsratsvorsitzende Nikolaus war fristlos entlassen worden, weil er in einer Betriebsversammlung von der „Ludermirchall“ des Chefs“ geizroden haben soll. Herr Frohberg hat die Arbeiter gezwungen, unter Tarif zu arbeiten, während er selbst ein Monatseinkommen von 1700 M in die Tasche steckte. Er hat sogar abgesogene soziale Beiträge verweigert, die nicht abgeführt. — Die Verhandlung, die noch zu keiner Entscheidung führte, wird am 5. Januar fortgesetzt. — Sehen so Betriebe der nationalsozialistischen Arbeiter-Partei aus?

Blamierter Hitler

Die große Nazifrage gegen die Berliner Verkehrs-Gesellschaft vor dem Arbeitsgericht hat einstweilen mit einer Blamage der Hitlerhelden geendet. Die Verhandlungen mühen nämlich verortet werden, weil der Prozessvertreter der Nazis, ein Herr König, wegen unqualifizierbaren Verhaltens aus dem Gerichtssaal gewiesen wurde, und sein Nachfolger, ein Herr Malik völlig zur Prozessvertretung unfähig war. Die Verhandlungen können erst wieder aufgenommen werden, wenn die Nationalsozialisten einen geeigneten Prozessvertreter aufgetrieben haben. — So leben die Hitlerhelden aus! In den Volksversammlungen haben sie die große Klappe, auf der Straße sind sie Meister im Föheln und Meaeln, aber zu einer sachlichen Führung eines Arbeitsprozesses reicht es bei ihnen nicht aus. Freiheit und Ahnungslosigkeit — das sind die beiden Hauptmerkmale der Hitlerhelden. Ueber alles reden die Maulhelden und von nichts haben sie eine Ahnung. Da inszenieren sie einen Rosenprozeß vor einem Arbeitsgericht, aber als Prozessvertreter haben sie nur zur Verfügung einen Professor und eine Kammergesellschaft, die erstickend billig und loslos in den Gesetzbüchern und Kommentaren herumtrampeln bis sie nicht mehr weiter kann. Dieser König und dieser Malik — Fraktionseilisten der Hitlergalerie „königlicher“ und „malischer“ Köpfe.

Wie sieht es in Italien aus?

Das die Dinge in Italien etwas anders liegen, als der samole römische Korrespondent der Badischen Presse einem anerkundigen Leserbrief darstellt, zeigt folgende Meldung vom 12. Dezember aus Mailand: Der Mailänder Post wurde der Brief eines in Italien lebenden Münchener zu seine Eltern zur Verfügung gestellt, der die wirtschaftlichen und politischen Hochspannungen im Reich Mussolini mit folgenden Sätzen kennzeichnet: „Jetzt kommt eine Neuigkeit, die Vater interessieren dürfte. Vorigen Montag, abends um 9 Uhr, haben sich ungefähr 3000 Arbeitslose vor dem sozialistischen Gewerkschaftshaus angelammelt, wo sie einen Zug bildeten und vor die Residenz des Prinzen zogen. Das war das erste Mal seit Bestehen des Faschismus. Das Schönste war, daß Polizei und die sozialistische Miliz dabei standen und vor der drohenden Menge nicht den Mut hatten, den Zug zu sperren. Am Dienstag früh waren dann am Hauptbahnhof große Plakate angehängt: Brot und Arbeit oder den Kopf von Mussolini. So sieht es auch bei uns aus, alles ist arbeitslos.“

S.P.D. Köln, 13. Dez. In einigen Werken der Kölner Metallindustrie hatten die Unternehmer vor der Tarifbindung die Affordlöhne um 7 bis 10 Prozent gekürzt; das war nach dem Tarifvertrag vom 17. Juli 1925 unzulässig und führte zu einer Klage beim Kölner Arbeitsgericht. Das Gericht entschied, daß Lohnkürzungen für Affordarbeit unterbleiben müssen, solange der Tarifvertrag vom 17. Juli 1925 in Kraft ist.

Bürgermeisterwahl in Schlutenbach

Bei der gestrigen Bürgermeisterwahl in Schlutenbach wurde Herr Fabrikarbeiter Emil Günter mit 107 Stimmen zum Bürgermeister gewählt.

Sport

Jöhlingen — Fr. Turner Karlsruhe 7:1 Die freien Turner Karlsruhe zeigten am Sonntag zu einem Freundschaftsspiel in Jöhlingen, welches sie mit obigem Resultat gewannen. Jöhlingens Sturm und Torwarz tragen an der Niederlage einen großen Teil Schuld. Das Spiel wurde in ruhiger und fairer Weise dem Arbeitersport würdig durchgeführt. Der Schiedsrichter aus Mühlburg aul.

Auskünfte

A. Kleinleinbach. Roll. Sch. ist jeden Tag zu sprechen mittags bis gegen 11 Uhr und nachmittags 3-5 Uhr.

Schwarz Wildleder die große Mode
 Spangenschuhe und Pumps 15.⁵⁰
 Pumps mit Agraffe nach Wahl 18.⁵⁰

SALAMANDER

Karlsruhe i. B. Kaiserstraße 175



Der Totenkampf der Freiheit

Von
Pietro Nonni



Die Bestiennatur des Faschismus



Copyright 1930 by Verlag I. S. W. Dieckmann, G.m.b.H., Berlin.

(Alle Rechte vorbehalten)

Von der Höhe dieser Ueberlegenheit herab sah aber Giolitti tatenlos und mitschuldig mit an, wie der Faschismus sich eine militärische Organisation schuf und den Bürgerkrieg entfesselte. Hatte er dabei den teuflischen Gedanken, die Sozialisten unter der Drohung einer außerparlamentarischen Reaktion zum Eintritt in eine Koalition zu zwingen? Das läßt sich nicht ergründen. Sicher ist eins, daß in dem Augenblick, wo die Unruhe und Gereiztheit der Nachkriegszeit einer klaren und maßvollen Auffassung des Kampfes wich, die agrarische Bourgeoisie den Luftakt zum Bürgerkrieg gab und im Staate und in dessen Selbstaufgabe den Helfershelfer fand. So erlebte Italien eine blutige Konterrevolution als Antwort auf eine rein rednerische Revolution. Aber es gab etwas, das die Reaktionäre viel mehr schreckte als revolutionäre Worte: das waren die Fortschritte auf dem festen Boden der praktischen Errungenschaften — namentlich in den Gemeindeverwaltungen und den Kooperativen — und auf dem Wege der gesetzlichen Erlangung der politischen Macht.

Die sozialistische Partei hatte zu Ende des Jahres 1920 bei den Wahlen der Gemeinde- und Provinzialvertretungen einen weiteren Erfolg zu verzeichnen. In 2162 Gemeinden war die Verwirklichung in die Hände der Sozialisten, der Arbeiter und Bauern gefallen, die bis vor kurzem vom politischen Leben ausgeschlossen waren und jetzt ihre ersten Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung machten und der Nation eine neue herrschende Klasse heranbildete. Das mußte man verhindern. Durch Korruption, wenn das möglich war; durch die Gewalt, wenn die Korruption nicht hinlangte sollte.

Am 15. Mai 1921 fanden unter der Ministerpräsidentenschaft Giolittis Neuwahlen statt. Die Auflösung der Kammer in der durch den Beginn der agrarischen und faschistischen Offensive geschaffenen Situation war ein Verbrechen. Der alte Staatsmann beschloß sie fahrlässig, im Vertrauen auf eine Niederlage der Sozialisten und der Katholiken. Seine Rechnung schlug fehl, denn er hatte den Mut und die Eingabe der Arbeiter nicht richtig angefaßt und auch nicht mit den Ueberlegungen des Proporz gerechnet.

Die Wahlen von 1921 waren im wahrsten Wortsinne höllische Wahlen. Man hatte einen nationalen Block gebildet, der von Giolitti bis Mussolini reichte. Diesem Block gegenüber standen die Sozialisten und die Katholiken. Auch die letzteren unterhielten übrigens gewisse Beziehungen zur Reaktion. Auch die Republikaner, die Kommunisten (die jedoch eine eigene Partei gegründet hatten, worauf wir später zurückkommen werden) und kleine oppositionelle Gruppen hatten in verschiedenen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt.

Noch nie hatte das Proletariat einen Wahlkampf mit dergleichen Enthusiasmus geführt. Es besaß eine klarere Vorstellung der Gefahren, die ihm drohten, als seine Führer und war fest entschlossen, seinen Feinden den Weg zu versperren. Nichts sollte es hindern, „rot“ zu stimmen wie im Jahre 1919: weder die faschistische Gewalt noch die Korruption der Regierung; weder die Enttäuschungen der letzten zwei Jahre noch die Parteipaltung. Die Verteilung der Wahlzettel erfolgte unter ungeheuren Schwierigkeiten. Manchem Kandidaten wurde es sogar unmöglich gemacht, sich seinen Wählern zu zeigen. Solange der Wahlkampf dauerte, folgte eine Gewalttat der anderen. Während die offiziellen Kommuniqués die Lage als normal schilderten, wurde in Pisa der sozialistische Lehrer Cammeo in einer öffentlichen Schule vor den Augen seiner Schüler ermordet. In Livorno wurde die Arbeiterkammer verwickelt, in Bologna die Kooperativen geplündert. Aus Liguria, Turin, Sizilien kam die Kunde wilder Gemaltes. Modigliani und seine Frau, die heute im Exil leben, Matteotti und seine alte Mutter wurden wiederholt überfallen. Vor den Toren von Ravenna wurde der Kandidat Calvaneo ermordet, bei Ronigo tötete man den Organisator Foscati durch Dolchschläge. In Apulien gab es neun, in Spezia sechs Tote.

Das alles vermochte nicht zu verhindern, daß das Wahlergebnis sich gegen die Gewaltpolitik aussprach. Die sozialistische Stimmeneinbuße war gering. Die Partei konnte auf ihre 1.569.553 Stimmen stolz sein, zu denen billigerweise auch die 291.952 kommunistischen Stimmen zu zählen waren. „Das Proletariat hat die faschistische Reaktion unter seinen roten Stimmzetteln begraben“, schrieb der „Avanti“.

Die sozialistische Fraktion belief sich in der neuen Kammer auf hundertdreißig; außerdem waren fünfzehn Kommunisten gewählt. Der verruchte Anschlag Giolittis war also fehlgeschlagen. Aber das Parlament wies eine Neugier auf, die bei der Kopflosigkeit der herrschenden Klasse die aller schwersten Folgen haben sollte: einige dreißig Faschisten, die in der Liste des nationalen Blocks gewählt worden waren, zogen in die neue Kammer ein. „Wir werden“, schrieb Mussolini, der diesmal in Mailand und Bologna gewählt worden war, „nicht eine Parlamentsfraktion sein, sondern ein Aktions- und Exekutionsploton.“

Diese erste faschistische Parlamentsfraktion hatte es ziemlich schwer, sich als Einheit zu behaupten. Sollte sie an der Einweihung der Kammer und an der Thronrede teilnehmen? Mussolini war gegen die Beteiligung und begründete dies damit, daß der Faschismus die herrschenden Institutionen nicht anerkenne. „Die Monarchie“, sagte er, „ist nur ein parasitärer Auswuchs ohne geschichtliche Ueberlieferung und ohne Wurzel in der Volksseele.“ Seine Fraktionskollegen warfen ihm vor, seine republikanischen Ideen den Wählern nicht vorgetragen zu haben. Schließlich wurde es den Abgeordneten überlassen, der Einweihung beizuwohnen oder nicht.

Die Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten erfolgte in einer gewitterschwangeren Atmosphäre. Es lag auf der Hand, daß Giolitti, seiner treuen Mehrheit beraubt, nicht mehr mit jener Geschicklichkeit zu regieren verstand, der er das ihm erneute Vertrauen dankte. Schwere soziale Probleme harrten der Lösung. Die Staatsbeamten forderten Verbesserung ihrer Gehälter. Viele Abgeordnete sahen voll Schrecken auf die Lage in den Provinzen, wo die Häufigkeit der faschistischen Verbrechen plötzliche Ausbrüche des Hasses und des Terrors heraufbeschwören konnte.

Die Diskussion über die Thronrede war geradezu dramatisch. Filippo Turati wandte sich mit Wucht gegen die Feigheit der herrschenden Klassen und den Verfall der Regierung. Er definierte den Faschismus als eine blutige Konterrevolution gegen eine rein verbale Revolution. Seine Rede wandte sich an alle, die die Schwierigkeiten des Nachkrieges klar erkannten und entschlossen waren, sie unter Achtung der Freiheit und der Demokratie zu beseitigen.

Mussolini hatte seinen Sitz auf der äußersten Bank der äußersten Rechten gewählt. In seiner ersten Rede erklärte er sich als Ant-Giolittianer, Antdemokrat und Antsozialist. „Sie haben mich aus dem öffentlichen Leben ausschließen wollen. Jetzt werden Sie gezwungen sein, mich anzuhören.“ Dann wurde er pathetisch. „Die Loten sind schwer zu tragen.“ Und schließlich stellte er die Frage dar, was in den Tatsachen längst entschieden war: „Wir sind bereit zum Frieden wie zum Kriege. Sie können wählen.“

In seiner Antwort war Giolitti kalt und farblos. Nicht die Spur von Bewegung in seinen Worten. Diesen 80-jährigen Bürokraten schien die Tragödie seines Landes nicht einmal zu berühren. In schwächerer Weise lehnte er den Vorwurf der Mitschuld am Faschismus ab. Er wagte es sogar, sich als Arbeiterfreund aufzuspielen.

Giolitti mußte zurücktreten. Mit ihm verschwand von der politischen Szene nicht nur ein Mann, sondern ein Regime. Von dem Tage an, wo der Staat einer Fraktion gestattet hatte, sich zum Bürgerkrieg zu bewaffnen, war der Parlamentarismus tödlich verwundet. Sogar eine Koalition mit der sozialistischen Rechten wurde unmöglich. Für den parlamentarischen Staat begann damals der Tobestamp.

Es war pure Heuchelei, daß Mussolini der Kammer die Wahl gestellt hatte zwischen Krieg und Frieden. Seit beinahe sechs Monaten hatte die Bourgeoisie schon gewählt. Man wollte um jeden Preis die Vernichtung der Arbeiterbewegung und die Enttarnung des Parlaments.

Ende September hatten bereits die Latifundisten Süditaliens durch das Blut des sozialistischen Abgeordneten di Bagno ihren Willen festgelegt, das Recht der Gewalt vor die Gewalt des Rechtes zu stellen.

Di Bagno, der den Spitznamen „der gute Riese“ trug, war in der Kammer der Vertreter der Kleinbauern und Landarbeiter. Er gehörte zu jenen zahlreichen süditalienischen Sozialisten, deren ganzes Leben ein langer Kampf gegen die Großgrundbesitzer ist. Trotz seinem harten politischen Tagewerk war er ein sonniger Mensch. Aus dem Volke stammend, mußte er sehr wohl, daß jeder Fortschritt schwere Opfer kostete. Er erinnerte sich seiner eigenen Kindheit, in jener Zeit, als der Hunger den Landarbeitern ständiger Gefährte war und der Grundbesitzer als despotischer Alleinherrscher mit seine Arbeitern schaltete bis zum Recht über Leben und Tod. Er wußte, wieviel Blut, Gefängnis, Tränen die wenigen Fortschritte gekostet hatten, die erzielt worden waren. Und danach bemaß er den Preis derer, die noch kommen sollten.

Eines Abends lauerte man ihm in seinem Heimsort auf, zur Dämmerstunde, die nach des Tages Mühsal dem Arbeiter Ruhe und Heimkehr verheißt. Mehrere Schüsse streckten ihn nieder. In ihrem Schmerz und in ihrer Wut machten die Landarbeiter keine Feinde zum Kampfscheitern, um das es zu schwerem, blutigem Konflikt kam. Die Genossen, die di Bagno rächen wollten, wurden befestigt und mußten in der Folge ihren Mut und ihre Hingebung sehr teuer zahlen. Aber diese süditalienischen Landarbeiter, an die sich der Staat immer nur erinnert hat, um sie auszubeuten, haben durch diese ihre Erhebung im Namen der Freiheit und zur Verteidigung des Parlaments das kommende Italien verinnbildlicht, das, angeführt von den liberalen und der demokratischen Bourgeoisie, der Demokratie der Arbeiter den Schutz seiner Interessen und die Vertretung seiner Rechte anvertrauen wird.

Der Bürgermeister von Roccastrada in Toscana hatte den nachfolgenden Brief erhalten:

„Herr Bürgermeister! Da wir es als feststehend erachten, daß Tausende der Italiener gehören soll und daher nicht von Individuen ihrer Art verwaltet werden kann, rate ich Ihnen, als Vorsitzender meiner Mitbürger, bis zum 17. April 1921 von Ihrem Amte als Bürgermeister zurückzutreten. Falls Sie dies nicht tun sollten, wird die Verantwortung für das, was sich ereignen könnte, ganz auf Sie fallen, und falls Sie die Aufmerksamkeit der Behörden auf diesen Rat lenken, der großmütig, edel und menschlich ist, so wird die Ihnen gemähte Frist schon am 13. ablaufen, welche Zahl Ihnen ein Omen sein soll.“

Unterzeichnet: Dino Ferrone Campagni.

Dieser Dino Ferrone Campagni, seinem Titel nach ein Marschale, war der Schrecken der Toscaner. Seine Vorfahren waren wahrscheinlich Söldnerführer gewesen, die ihren Degen für Geld heute dem Papst und morgen dem Kaiser zur Verfügung stellten. Er selbst stellte für Geld zwar nicht seinen Degen, wohl aber Dolche und Knüppel einer Schar früherer Frontkämpfer zur Verfügung, in der sich neben einigen exaltierten Patrioten hauptsächlich Strolche und Berufsverbrecher befanden. Vor einem Jahrhundert wäre dieser edle Marschale ein Brigant geworden; in unserer Nachkriegszeit trat er als Verteidiger von Ordnung und Besitz in den Dienst der Agrarier, der reichlichsten und schmutzigsten sozialen Schicht, die es gibt.

Gut bewaffnet und ausgerüstet, gelangten diese faschistischen Scharen auf ihrem Lastauto mit Witzeschnelle von einem Teil der Toscana zum anderen und schienen den alten Bürgerkrieg zwischen Belfen und Gibelfinen wieder ins Leben zu rufen.

Roccastrada sollte auf eigene Kosten lernen, was von den Drohungen des Marschales zu halten war. Als die gemähte Frist abließ, ohne daß der Bürgermeister zurückgetreten war, wurde der Ort umzingelt. Das Schreien der Autos, das Gebrüll der Kriegslieder der Faschisten und zahlreiche Schüsse in die Luft verkündeten der Bevölkerung, was ihr bevorstand. Die Wohnungen des Bürgermeisters und der Stadträte wurden zuerst verwickelt, während das Landvolk auf die Felder flüchtete. Die zum Plündern und Verwüsten ausgehauenen

Häuser waren durch ein schwarzes Kreuz gekennzeichnet. Es waren bescheidene Wohnungen von Arbeitern, kleinen Kaufleuten, Angehörigen. Die Vermüftung wurde hauptsächlich durch Brandgranaten vollzogen. Um zu verhindern, daß die Bevölkerung zur Abwehr zusammengeplänzt, war immer den Kreuzwegen Maschinengewehre aufgestellt. Wer immer vorüberkam, Mann, Frau oder Kind, wurde mißhandelt. Die Blüderung des einzigen Restaurants fand in Gegenwart der Karabinieri statt, die vernünftig zulassen. Den Wein- und Likörläden schlug man mit Stöcken die Hälse ab, und dann ging eine fidele Sauferei los. Endlich um 9 Uhr abends, nach vier Stunden gewüht hatte, zog die Bande ab zu anderen Abenteuern. Aber es sind noch nicht zehn Minuten vorüber, und schon erscheint sie wieder, diesmal mit einem Toten auf ihrem Lastauto. Hat man auf sie geschossen? Niemand weiß es. Jetzt merkt sie aber die Wut der Angreifer nicht nur gegen die Sachen, sondern gegen die Personen. Jetzt fängt die Menschenjagd an. Zwei alte Landarbeiter brechen auf der Schwelle ihres Hauses zusammen. Ein Fußler, der zu fliehen versucht, wird durch Knüppelstöße getötet. Einer Mutter tötet man das Kind, das sie im Arm trägt.

Zehn Tote, dreißig Verwundete, fünfzehn niedergebrennte Häuser, das war die tragische Bilanz dieses einzigen Tages. Als endlich die Karabinieri eintreffen, parlamentieren sie mit dem Führer der Expedition und ... verhafteten niemand. Erst nach zehn Tagen, nachdem jeder der Faschisten sein Mißvergehen fertig hat, erfolgen die ersten Vorladungen.

Im Norden, im Süden, in ganz Italien, überall ist es dieselbe Sache. Die neuen Reichen, die Schieber aller Sorten, die mit allem spekuliert und sogar aus dem Blute ihrer im Krieg gefallenen Kinder Geld gemacht haben, sind die Führer dieser Konterrevolution. Es gilt die Arbeiterorganisationen zu vernichten. Was diese Leute fürchten, sind ja nicht die Demonstrationen auf den Straßen, die revolutionären Rufe, der Grimm derer, die von der Front zurückkommen: sie fürchten die Eroberung des Parlaments, die Eroberung der Stadtwahl, die Macht der Arbeiterkooperativen.

Es gibt Provinzen, in denen der Sozialismus eine gewaltige Erziehungswirkung geleistet hat, wo jede Eroberung auf dem Boden der Legalität errungen wurde, wo die Führer nicht die Aufgabe stellten, Unzufriedene mit sich fortzuführen, sondern den Grund der Unzufriedenheit zu beseitigen. Dort hat der Sozialismus Werte geschaffen, die die ganze Welt bewundern. Die großen landwirtschaftlichen Genossenschaften in Ravenna, die der heute im Exil lebende Genosse Emilio Sabinetti leitete, die sozialen Einrichtungen von Reggio Emilia, wo Prampolini mit evangelischer Würde als Apostel des Sozialismus wirkte, die großen genossenschaftlichen Unternehmungen von Turin und Mailand — auf all dieses hat man es abgesehen, denn hier kommt mitten in der kapitalistischen Gesellschaft die Fähigkeit der Arbeiter zum Ausbruch, die Produktion zu leiten, sie sind gemäßigtere ein Vorwegnehmen der kommenden Gesellschaft.

Unter diesem fürchterlichen Sturm verliert das Proletariat weder seinen Mut noch seinen Glauben. In den großen Städten vermag es zu Anfang noch seinen Willen durchzusetzen. Auf dem Lande stellt es oft der Gewalt die Gewalt, dem Brande den Brand entgegen. Um die Arbeiterkammer von Calale zu befreien, haben die Faschisten einen mehrhundertköpfigen Kampf liefern müssen. Um in das Rathaus von Siena einzudringen, das von den Arbeitern verteidigt wird, mußten die Schwarzheben den Beistand des Heeres anrufen, das ihnen durch Kanonenschüsse eine Brezche öffnete. In Empoli wurden die Matrosen, die das Landvolk für Faschisten hält, umgebracht. Durch lokale Streife verlor die Arbeiterklasse die Behörden zur Entwarnung der Söldnerscharen zu zwingen.

Aber dieser Widerstand der Massen erfolgt episodisch, ohne Einheitlichkeit und vorgefaßten Plan. Von der sozialistischen Partei wird jetzt die Parole ausgegeben, abzuwarten. Ein Aufbruch des Parteivorstandes verlangt die Rückkehr zu zivilisierten Formen des politischen Kampfes. Es kommt zu „berühmte Abenteuer“ der Faschisten wendet. Der Faschismus fühlt sich von Hag umgeben. Nun erklärt sich Mussolini bereit, einen Pakt des Friedens zu schließen.

Die Situation scheint günstig. Bonomi, der auf Giolitti folgt, ist erbietend, als Schiedsrichter zu wirken. Der Kammerpräsident de Nicola hegt denselben Ehrgeiz. Einige Abgeordnete eröffnen die Unterhandlung, unter ihnen der Sozialist Zaniboni, der heute im Zuchthaus eine auf dreißig Jahre lautende Verurteilung verbüßt. Am 3. August wird der Pakt unterzeichnet: Sozialisten und Faschisten verpflichten sich, ihre gegenseitige Propaganda nicht zu verhindern und ihre waffnen Organisationen aufzulösen. Aber dieser Pakt sollte nur ein Eintragsleben haben. Kaum daß er veröffentlicht ist, werden die Agrarier auffällig. Sie wollen keinen Frieden mit den „Marzisten“. In Bologna werden Couplets gegen Mussolini gesungen. Bei einer Zusammenkunft des dortigen Faschistenkomites ist die Stadt mit Maueranschlägen überschüttet, wird immer vertrat“, so lautet das Leitmotiv der Pakt, wird immer vertrat“. Die Faschistenführer in den Provinzen sind als gehörliche Botengänger der Agrarier alle gegen Mussolini. Nur Celato Rossi, der später auf dramatische Weise vor das Sondertribunal kommen sollte, um von seinen treuen Kameraden zu dreißig Jahren Zuchthaus verurteilt zu werden, hat damals seinem Führer die Treue gehalten.

Es hat den Anschein, als wollte Mussolini den Pakt ernst nehmen. „Ich werde diesen Friedensvertrag mit all meinen Kräften verteidigen“, schreibt er in seiner Zeitung. Die Situation ist überwältigend einfach: wenn der Faschismus mir nicht folgt, so kann mich niemand zwingen, dem Faschismus zu folgen. Man nennt mich den Duce, und ich habe das Wort hingehen lassen, das mir nicht gefiel, aber den anderen recht war. Es ist eine objektiv unbedingte Reform, die sich zu zahlreich, und eine Abspaltung ist unvermeidlich, möge sie kommen. Der Friedenspakt wird ein gutes Zeugnis sein.“

(Fortsetzung folgt.)

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

12. Dezember: 1911 Amundsen erreicht den Südpol. — 1918 Erste Zusammenkunft der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin. — 1920 Militärputsch in Italien. — 1920 Völkervertrag (Versailles) wird in St. Germain (Frankreich) geschlossen. — 1928 Schriftsteller Hermann Hesse verlässt Deutschland. — 1928 Aufstand in Afghanistan.

Der Weihnachtsladen

Das Geschäft steht wieder mal im Zeichen der „Weihnachts-...“ Mit viel Liebe und Akkuratheit „dekoriert“ der „gute Weihnachtsmann“ seine Schaufenster und seinen Ladentisch. Lammzweige kommen zwischen Netzwirke und Delfarben, Tische auf Erden, Platte zwischen Stiefelwische und Buchenblätter, bunte Engelchen zwischen Hofenträger und schwebenden „prima Qualität“.

Ein Arbeitsjubilar

Genosse Maschinenbauer Kaspar Fischer konnte gestern auf 25jährige Arbeitstätigkeit in der Volksfreund-Druckerei zurückblicken. Derlei Jubiläen, die im Volksfreund immer mehr werden können, finden immer gebührende Würdigung.

Spendenverteilung der Karlsruher Notgemeinschaft

Wegen der Aufbringung der Spenden zur Ermöglichung wirklicher Hilfe ist die Frage der Verteilung an die Bedürftigen eine wichtige. Nur, wenn ein gerechte und gleichmäßige Verteilung der Gaben in allen Stadtteilen gewährleistet wird, kann die Wohltätigkeit gedeiht und erhalten und so das Vertrauen der Empfängerinnen hervorgerufen werden.

Was viele nicht wissen!

Wie hoch und für welche Forderungen können Lohn, Gehalt, Bezüge aus den Sozialversicherungen und militärische Versorgungsgebühren gepfändet werden?

I. Den Unterhaltsforderungen der Verwandten, insbesondere der ehelichen Kinder, ist die Befreiung der Forderungen... Die Pfändung der Forderungen... ist inwieweit unzulässig, als der verurteilte Schuldner... die Erfüllung einer ihm sonst obliegenden vorgehenden oder gleichstehenden Unterhaltspflicht bedarf.

Die Arbeitslosenunterstützung ist — auch für Unterhaltsforderungen obiger Art — unpfändbar. Wie verhalten sich die oben behandelten Gesetzesbestimmungen auswirken, erhebt folgendes Beispiel:

Ein Arbeiter verdient wöchentlich 15 M. Diese können für Unterhaltsforderungen obiger Art voll gepfändet werden. Dieser Mann wird arbeitslos und bezieht eine Arbeitslosenunterstützung von 15 Mark wöchentlich. Diese Arbeitslosenunterstützung kann auch für diese Unterhaltsforderungen nicht gepfändet werden.

II. Ein weiteres Beispiel: Einem Kindesvater, diesem muß jedoch so viel belassen werden, als er zur Bestreitung seines notwendigen Unterhalts und zur Erfüllung der ihm seinen Verwandten, seiner Ehefrau oder seiner geschiedenen Ehefrau gegenüber gesetzlich oblie-

genden Unterhaltspflicht bedarf. Die Bestimmung der Höhe der pfändbaren Bezüge unterliegt hier dem Ermessen des Gerichts. Welche Arten Unterhaltsforderungen umfassen bei Pfändungen auch die Leistungen der Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invalidenversicherung und Angehörigenversicherung in gleichem Maße.

Diese Sozialversicherungen erkennen weiter ein unbeschränktes Pfändrecht zu den Vorleistungsforderungen, den Erbschaftforderungen der Gemeinden, Fürsorgeämter, Arbeitgeber und Kassen sowie den rückständigen, nicht über drei Monate fälligen Beträgen. Dementsprechende Bestimmungen enthalten auch die Vorschriften über die militärischen Versorgungsgebühren.

III. Für alle übrigen, oben nicht benannten Forderungen ist die Pfändung von Lohn und Gehalt nur beschränkt möglich. Die Brutto-Einkünfte von 7,50 M. täglich, 45 M. wöchentlich, 195 M. monatlich sind pfändfrei. Der Mehrbetrag kann gepfändet werden:

- zu 1/2, wenn der Schuldner ledig ist und keinerlei Unterhaltspflicht hat;
- zu 2/3, wenn der Schuldner verheiratet ist, oder eine andere Unterhaltspflicht hat;
- zu 3/4, wenn der Schuldner verheiratet ist und mindestens ein Kind, oder mindestens zwei andere Unterhaltspflichtige hat.

Bei Einkommen über 25 M. täglich, 150 M. wöchentlich und 600 Mark monatlich können stets 1/2 der Mehreinkünfte gepfändet werden. Eine kleine Abweichung hiervon ist gemacht bezüglich der Offiziere, Beamten, Geistlichen, Lehrer, Unteroffiziere und Mannschaften. Bei solchen Schuldnern können Gehalt, Pension, Stipendium oder Gnadengehalt nur zu 1/2 des 195 M. monatlich übersteigenden Brutto-Einkommens gepfändet werden.

Es gibt außerdem noch eine Reihe von Pfändungsbeschränkungen, die aber selten eintreten und deren ausführliche Behandlung hier zu weit führen würde.

18000 notleidende Mitbürger hast Du!

Hilf ihnen durch Spenden an die Karlsruher Notgemeinschaft!

Familienhaushalt des Antragstellers zählenden bedürftigen Personen und sonstiger besonderer Verhältnisse (Krankheit, hohes Alter usw.).

Seber als bedürftig angesehen erhält von der Anmeldestelle einen Ausweis, den er zum Gabeempfang benötigt. Seber ausgestellt Ausweis geht in Durchsicht an die zentrale Kartei der Notgemeinschaft, um so von vornherein jeden Doppelempfang und möglichst jede Unredlichkeit zu vermeiden.

Die Gabeverteilung selbst erfolgt durch die Anmeldestelle, die allein für die Betreuung der bei ihr gemeldeten Hilfsbedürftigen zuständig ist. Die Menge der auf jede Gruppe entfallenden Spenden wird einheitlich jeweils durch den Arbeitsausschuß bestimmt.

Der Arbeitsausschuß der Karlsruher Notgemeinschaft hat beschlossen, noch vor Weihnachten die kinderreichen Familien mit Brennstoff und Kartoffeln zu versehen. Die Ausgabe dieser Spenden an die Bedürftigen der Gruppen A-C ist bereits im Gange. Außerdem erhalten alle von der Karlsruher Notgemeinschaft als bedürftig angesehenen Familien je einen Gutschein für ein Einheitslebensmittelpaket: bestehend aus 3 Pfd. Wehl, 1 Pfd. Fett, 1 Pfd. Zucker und 1 Pfd. Malzlake. Der Karlsruher Notgemeinschaft war es außerdem möglich, eine Anzahl ihr zur Verfügung gestellter Theaterkarten sowie 600 Konzertkarten zur Verteilung zu bringen. Die Karlsruher Notgemeinschaft hat es sich ja zum Ziel gesetzt, nicht nur die wirtschaftliche Not zu lindern, sondern auch durch Unterhaltung und Belebung die seelische Not zu bekämpfen und damit die Hoffnung und den Lebenswillen aller Karlsruher Notleidenden wieder aufzurichten.

(1) Silberne Hochzeit. Das Fest der silbernen Hochzeit können heute die Eheleute Fritz Stuber, Kärfermeister, begehen. Dem Jubelpaar, das auch zugleich 25 Jahre lang Abbonet unseres Blattes ist, die herzlichsten Glückwünsche!

(2) Weihnachtsgabe des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter. Es wird nochmals darauf verwiesen, daß der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter seinen arbeitslosen Mitgliedern eine Weihnachtsgabe gewährt, welche vor den Feiertagen zur Ausszahlung gelangt. Den Beschluß hierzu hat schon der Verbandstag in Hamburg gefaßt, welcher in Anbetracht der Wirtschaftslage zu diesem Zweck einen Betrag von 500 000 Mark genehmigt hat.

Badisches Landes-Theater. Sebbels „Nibelungen“ gelangen mit ihrem dritten Teil: „Kriemhilds Rache“ am Samstag, 20., Montag, 22. und Dienstag, 23. Dezember zur Wiederholung; ferner auch Shakespeares „Kaufmann von Venedig“ am Dienstag, 16. und Stefan Zweigs Tragödie „Das Lamm des Armin“ am Freitag, 19. Dezember. Das Weihnachtsmärchen „Der große Christof“ von Ulrich von der Trenck gelangt am Samstag, 20. Dezember, nachmittags und am Sonntag, 21. Dezember, nachmittags, zur Wiederaufführung. — Der Opernplan enthält die Operette „Der lustige Krieg“ für Mittwoch, 17., Korking „Der und Zimmermann“ für Donnerstag, 18., und Bizets „Carmen“ für Sonntag, 21. Dezember.

Flugblattverbreitung

Die Flugblattverbreitung für Karlsruhe und Vororte findet am Samstag abend statt.

Ehrenpflicht der Partei-, Gewerkschafts-, Sanges- und Sportgenossen sowie der S.A.G. ist es, sich bei der Flugblattverbreitung zur Verfügung zu stellen.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Am Montag nachmittags wurde auf der Durlacher Landstraße ein Pferdewagen durch einen Personentransportwagen angefahren, zu Boden geschleudert und zerlegt. Das Pferd lief davon und wurde in Durlach wieder eingefangen. Der Verletzte, ein lediger Mechaniker von hier, wurde mit mehreren Quetschungen und Hautabschürfungen ins Städt. Krankenhaus eingeliefert. Lebensgefahr besteht nicht. Der Führer des Autos, der nicht im Besitz eines Führerscheins war, gelangt wegen fahrlässiger Körperverletzung zur Anzeige. Der Wagen wurde sichergestellt.

Ersthilfe Körperverletzung

Am Montag nachmittags verlor ein Hilfsarbeiter an einer Baustelle in der Bogenseite einen Arbeitskollegen im Streik durch Schläge mit einem größeren Brettsägen erbeutlich am Kopf.

Diebstähle

Ein lediger 22 Jahre alter Hilfsarbeiter versuchte am Montag nachmittags sich im Büro der Gartenstadt Grömmel eine Geldtasche mit etwa 800 Mark Inhalt anzueignen, wurde jedoch dabei betreten und von Polizeipersonen der Polizei übergeben, die den Täter ins Bezirks-Gefängnis einlieferete.

Am Montag wurden der Polizei zwei Fahrraddiebstähle angezeigt.

Veranstaltungen

Kapellmeister Franz Dieneg im Kaffeehaus. Als Leiter der neuen Kapelle, die am heutigen Dienstag im Kaffeehaus ihr Debüt gab, wurde Kapellmeister Franz Dieneg verpflichtet. Der Herr Dieneg ist sowohl als Violoncellist, wie auch als Gesangsleiter ein Künstler von hervorragenden Qualitäten. Seine Erfolge haben ihn in die bedeutendsten Bühnen Deutschlands, u. a. Altona, Hamburg, Kassel, Continental Hannover, geführt. Auch in London, Amsterdam und anderen Großstädten des In- und Auslandes war Dieneg ein gefeierter Kapellmeister. Er beherrscht mit seiner Kapelle die klassische Musik ebenso meisterhaft wie den modernen Jazz und wird sich durch seine vornehme Art des Musizierens die Gunst des Karlsruher Publikums sicher bald erobern. Es dürfte interessieren, daß der hervorragende Pianist Josef Schwarz auch der neuen Kapelle Dieneg angehören wird (siehe die Anzeige).

Colosseum-Theater. Des großen Erfolges wegen hat sich die Direction des Colosseum-Theaters entschlossen, das Gastspiel von Kapellmeister Franz Dieneg bis zum nächsten Sonntag zu verlängern. Ferner hat die Direction ab heute ein vollständig neues Variété-Programm zusammengestellt, ebenfalls wieder Nummern von Extraklasse. Aus der Programmfolge sind zu nennen: S. u. S., der somalische Jongleur, Marquis vollständige Hundertstücke, die phänomenalen Schieberdrehtrommeln Bluntson Company, die Publikumsschwestern 2 und 3, ferner Beatrizo, internationale Gnomas und zuletzt Edith als der Meisterdummkopf, der wiederum viel Neues zu erzählen weiß. Kartenverkauf ohne Aufschlag findet den ganzen Tag über im Quartierhaus Rebie, Ecke Waldstraße und Passage statt.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Oststadt — Frauensektion Heute Dienstag, den 16. Dezember, fällt der Lesabend aus. Wiederbeginn im Januar 1931.

Frauensektion Beiertheim—Wulach Heute Dienstag, den 16. Dezember, abends 8 Uhr, im Handarbeitsaal der Schule zu Beiertheim Lesabend. Genosse Erb, Arbeitersekretär, wird über „Familienrecht“ referieren. Genossinnen, Volksfreundleserinnen und deren Töchter sowie auch die Jugend ist hierzu freudlichst eingeladen. Bringt immer noch mehr Frauen mit.

Weihnachtsfeier der Arbeiterwohlfahrt Morgen Mittwoch, 17. Dezember, nachmittags 3 Uhr, findet im Friedrichshof, Karl-Friedrich-Str. 28, die Weihnachtsfeier mit Gabeverteilung an Familien und Kinder statt. Wir laden hierzu die Genossinnen und Genossen, sowie Freunde der Arbeiterwohlfahrt freudlichst ein.

Arbeiterwohlfahrt. In unserer Geschäftsstelle, Karl-Friedrich-Str. 22, 2. St., können die Anträge für die Karlsruher Notgemeinschaft gestellt werden. Wir bitten, darauf zu achten, daß die Anmeldungen Montags, Dienstags und Freitags, vormittags von 9—12 Uhr, erfolgen können.

